

Es gilt das gesprochene Wort.

Statement zum Haushaltsplan 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Stadtverordnete und Gäste,

alles wird teurer. Die Inflation steigt in ungeahnte Höhen. Pläne im finanziellen Rahmen umzusetzen ist schwer bis unmöglich.

Und unter diesen unwägbaren Umständen wollen wir einen Haushalt aufstellen und beschließen.

Zunächst möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei Frau Malter und allen beteiligten Verwaltungsmitarbeitern bedanken, für einen ausgeglichenen Haushalt 2022, die umfängliche Beantwortung aller Fragen und die Anfragen-Zusammenstellung aus den Ausschüssen. Das hat uns bei der Diskussion um den Haushalt sehr geholfen.

Der Start in die Haushalts-Diskussion war für uns aber alles andere als gelungen. Auf der Klausurtagung wurde uns ein Vorschlag vorgelegt, der einen harten Einschnitt in die Finanzierung unserer Kitas vorsah. Zwar wurde diese Unterfinanzierung noch einmal abgewendet, ein Unbehagen aber bleibt, was die stabile Finanzierung unserer Kindertagesstätten betrifft.

Und auch sonst sind wir in diesem Jahr nicht so ganz vom Haushaltsplan überzeugt. Es soll viel gebaut werden – ja, das ist vielfach auch nötig und von den Stadtverordneten beschlossen. Aber für uns stimmt das Verhältnis nicht.

Denn was ist mit Maßnahmen im sozialen Bereich sowie beim Klimaschutz? Konzepte kommen nicht voran und eingeplante Gelder sind Peanuts im Vergleich zu dem, was in Bauvorhaben fließt.

Wir müssen uns fragen: Wie sozial ist eigentlich unsere Stadt?

Da gibt es zum Beispiel ein seit 2013 gewachsenes soziales Bürgerprojekt, und dem wird langsam der Hahn abgedreht. Ab 2023 soll Schluss sein – weil es dafür keine Fördermittel mehr gibt. Ich spreche vom QuartiersManagement Am Röthegraben - ein etabliertes Projekt mit acht Bürger-Arbeitsgruppen und vielen bürgerschaftlichen Aktivitäten, wie dem „Sommerfest im Quartier“ und den alljährlichen Putzaktionen. Über Jahre war klar, dass die Förderung über das Projekt „Soziale Stadt“ ausläuft. Die Stadtverwaltung hat keine Lösung gefunden, um die Finanzierung über die Förderung hinaus sicher zu stellen. Stattdessen wurde der Schwarze Peter den Bürgern zugeschoben, die sich ja gern selber organisieren könnten. Aber seien wir mal ehrlich – die meist älteren Bürgerinnen und Bürger, die sich in den Bürger-AGs sehr gut aufgehoben und gebraucht fühlen, werden es einfach nicht allein schaffen, die vorliegende Struktur und Vernetzung am Leben zu halten. Dafür braucht es vertrauensvolle Ansprechpartner und Orte. Und die kosten Geld. Die Unsicherheit darüber, ob das QuartiersManagement auch in Zukunft Bestand hat, führte schon in den vergangenen Jahren dazu, dass die Quartiersmanagerinnen ständig wechselten.

Die Finanzierung ist übrigens keine Millionensumme. Noch im Jahr 2021 waren für das QuartiersManagement 130.000€ eingeplant. Jetzt lässt man es langsam sterben - mit nur 42.000€ für das aktuelle Jahr mussten bereits fest verwurzelte Bürger-Projekte, wie das vierteljährlich erscheinende Quartiers-Magazin, eingestellt werden. Aber sollte die Diskussion nicht folgendermaßen beginnen: „Ja, wir wollen dieses Bürger-Projekt!“ - und entsprechend

werden die finanziellen Mittel für jedes Jahr eingeplant. Kommen zusätzlich Fördermittel dazu, umso besser. Aber was bitte schön sind 130.000€ im Jahr für die Aufrechterhaltung eines Bürger-Büros, wenn wir uns mehrere Millionen Euro für die Rathaussanierung leisten können.

Wie schon angedeutet, gibt es für uns in der Kitafinanzierung große Unsicherheiten. Die von Hr. Thielecke erhofften Sparvorschläge von Seiten der Kitaträger scheinen nicht vorgelegt worden zu sein – vermutlich, weil es keine Spielräume gibt. Wir vermuten außerdem, dass die Stadt mit erheblichen Nachzahlungen (Defizitausgleichen) für die Kitas für 2021 rechnen muss, die im Haushaltsplan nicht dargestellt sind.

Des Weiteren fehlt es dem gesamten Kitahaushalt an Transparenz. Die freiwilligen Aufgaben der Stadt als Kitaträger der „Kita Regenbogen“ werden mit den Pflicht-Aufgaben der freien Träger vermengt. Und so sind die Kosten der Stadt als Träger der kommunalen Einrichtung „Kita Regenbogen“ nicht nachvollziehbar.

Wir fordern deshalb, dass die Kita der Stadt, die „Kita Regenbogen“, als ein eigenständiges Produkt im Haushalt aufgeführt und geplant wird, da sie umfänglich aus dem städtischen Haushalt finanziert wird (und nicht etwa in einer Tochtergesellschaft).

Und was ist eigentlich mit den fehlenden Kitaplätzen? Es ist kein Geld eingeplant um z.B. die Gründungen von Kindertagespflegen oder anderen kleinen Kita-Betreuungsangeboten zu unterstützen. Eine Zunahme der Tagespflegen wäre dabei kaum ein Aufwand für die Stadtverwaltung, denn der Landkreis ist für die Finanzierung der Tagespflegen zuständig.

Und wie werden wir zusätzlich zum aktuellen Platzmangel mit den ukrainischen Kindern und Schülern umgehen, die ein Recht auf Betreuung haben?

Auch die Kinder- und Jugendbeteiligung liegt uns am Herzen. Leider konnten wir im Haushaltsplan noch keine

konkreten Positionen dazu finden. Jedoch war ich sehr froh über den Besuch von Liza Ruschin vom „Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg“ in der letzten StVV am 01.03.2022. Sie hat deutlich gemacht, dass es keiner großen Pläne bedarf, Kinder und Jugendliche einzubeziehen. Denn viel zu schnell werden die in ein größeres Konzept verwickelten Kinder und Jugendliche zu Jugendlichen und Erwachsenen und haben andere Interessen. Die Verwaltung muss einen Weg finden, direkt zu Beginn eines Projektes mit Kindern und Jugendlichen der näheren Umgebung ins Gespräch zu kommen. Ich sehe die Schulen als perfekten Vermittler. Z.B. können die Themen der Stadtpolitik den Lehrern der Fächer „Sachunterricht“ (Jahrgangsstufe 1-4), „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ (LER, Jahrgangsstufen 5-10) und „Politische Bildung“ (Jahrgangsstufe 7-10) mitgegeben werden und auch in geeigneter Weise in der gymnasialen Oberstufe oder am OSZ besprochen werden. Ein Protokoll über den Austausch im Unterricht kann dann als Arbeitsgrundlage zurück an die Verwaltung gehen.

Und was ist eigentlich mit dem Klimaschutz? Seit einigen Jahren begleitet uns das Thema, doch scheint der Weg dahin noch weit, dass alle städtischen Vorhaben im Sinne des Klimaschutzes geplant und durchgeführt werden. Es gibt nun Fahrradboxen am Bahnhof, was wir begrüßen. Aber wie sieht es mit der Umsetzung eines guten Rad- und Fußverkehrs innerhalb der Stadt aus? Dabei geht es nicht unbedingt um den Bau von Radwegen. Es geht um sichere Wege für Fußgänger und Radfahrer parallel zum Autoverkehr oder an ihm vorbei. Wir hatten Shared Spaces angesprochen und Fahrradstraßen. Zusätzlich wünschen wir uns mehr Verkehrsberuhigung und Fußgängerüberwege. Die Zunahme an 30er-Zonen im Stadtgebiet befürworten wir sehr, denn sie stellen eine der Maßnahmen dar, den Rad- und Fußverkehr zu verbessern ohne einen Radweg anlegen zu müssen. Ja, manchmal reicht das Rad nicht aus, weil schweres

Gepäck zu transportieren ist. Man ist versucht, aufs Auto zurück zu greifen. Eine gute Alternative zum Auto bieten da Lastenräder und das Land Brandenburg fördert die Anschaffung aktuell mit der Lastenradprämie. Vielleicht finden sich für Lastenräder Einsatzmöglichkeiten in der Stadtverwaltung - über den Einsatz des Bauhofs auf dem Waldfriedhof hinaus.

Und so werden wir uns dafür einsetzen, den Rad- und Fußverkehr als allgegenwärtigen Punkt im überarbeiteten Verkehrsentwicklungsplan einzubauen.

Uns liegt hier ein Haushaltsplan vor, mit dem die Stadtverwaltung gut arbeiten kann. Unter der Last unserer Kritikpunkte sehen wir uns aber heute nicht in der Lage, dem zuzustimmen.

Ist es wirklich so schwer die Finanzierung unserer Kitas in einer transparenten Weise zu erörtern und Fragen ohne Umschweife zu beantworten?

Und sollte die Stadt nicht stolz sein, ein bürgerschaftliches Engagement wie das QuartiersManagement, von dem auch mal Kritik kommt, zu dulden und sogar zu finanzieren.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Anja Jürgen
Fraktionsvorsitzende